



SABINE VERHEYEN
Mitglied des Europäischen Parlaments
Europabüro Aachen
Monheimsallee 37
52062 Aachen
Telefon 0241-56006934
Fax 0241-56006885



MATHIEU GROSCH
Mitglied des Europäischen Parlaments
Europabüro
Albertstraße 39
B - 4720 Kelmis
Tel.: + 32 (0) 87 / 65 34 51
Fax: + 32 (0) 87 / 65 34 51

Pressemitteilung

Kein ‚Fukushima‘ in der Euregio Maas-Rhein

Sabine Verheyen und Mathieu Grosch fordern Überprüfung alter AKWs in der Region

Die Aachener CDU-Europaabgeordnete Sabine Verheyen und Mathieu Grosch, Europaabgeordneter für die deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien, fordern angesichts der nuklearen Katastrophe in Japan, die Sicherheit und den Betrieb alter Atomkraftwerke in der Region auf den Prüfstand zu stellen.

Das AKW Tihange an der Maas ist 35 Jahre alt und liegt rund 80 Kilometer hinter der belgischen Grenze. Auch das AKW Doel bei Antwerpen ist in dieser Zeit entstanden. „Diese Atomkraftwerke würden im Fall eines nuklearen Unfalls eine große Bedrohung für uns alle in der Euregio Maas-Rhein darstellen“, so die beiden Europapolitiker einvernehmlich. „Deswegen können wir nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen uns fragen, ob die Betreibung dieser AKWs heute noch dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen in der Region gerecht wird. Hierbei ist es wichtig, eine transparente Informationsweitergabe zu gewährleisten, das heißt die Bürgerinnen und Bürger müssen umfassend über die entsprechenden Maßnahmen informiert werden.“

„Wir Christdemokraten haben immer gesagt, dass es sich bei der Atomenergie nur um eine Übergangstechnologie handelt“, sagte Sabine Verheyen. „Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan ist es nun an der Zeit, die Atompolitik in

Deutschland und Belgien, aber auch in den anderen Nachbarländern und in ganz Europa grundsätzlich zu überdenken.“

Mathieu Grosch fügte hinzu: "Da eine deutliche Tendenz besteht, Atomkraftwerke in Grenzregionen zu errichten, sollten die diesbezüglichen Entscheidungen und auch Kontrollen nicht ausschließlich von einem einzigen Land bestimmt, sondern die angrenzenden Länder grundlegend mit einbezogen werden. In der Euregio würde dies unter anderem bedeuten, dass die Koordination der Noteinsatzpläne verlangt werden kann."